

Schleswig-Holsteinischer Landtag

-Finanzausschuss-
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

CDU- Landtagsfraktion
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

SPD- Landtagsfraktion
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

FDP- Landtagsfraktion
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Bündnis90/Die Grünen- Landtagsfraktion
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

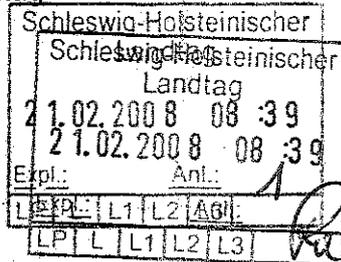
SSW- Landtagsgruppe
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

nachrichtlich:

BSBD Bundesgeschäftsstelle
Rabenstraße 35
94315 Straubing

DBB Landesbund
Schleswig-Holstein
Muhliusstr. 65
24103 Kiel

Ministerium für Justiz
Arbeit und Europa
Lorentzendamms 35
24103 Kiel



L 213

M. 25.02.

12. Februar 2008

Offener Brief

*Anwärtersonderzuschläge
Runderlass des Ministeriums für Finanzen und Energie vom 30. Juli 2002
-VI 142-0333.012-63(3)*

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen bitten wir Sie für die Beamtenanwärter des Justizvollzuges die Anwärtersonderzuschläge wieder einzuführen.

Seit 2002 wurden diese nicht mehr vergeben.

Der BSBD hat seit 2002 mit Nachdruck immer wieder an die Landespolitik und das MJAE appelliert Anwärtersonderzuschläge wieder einzuführen, da im Justizvollzug nicht nur qualifizierte Bewerber erwünscht sind, sondern diese möglichst ein Maß an Lebenserfahrung haben und im günstigsten Fall bereits über eine eigene Familie verfügen sollen. Diese besonderen Eigenschaften erleichtern den Umgang mit Straftätern und finden unter den Inhaftierten erfahrungsgemäß eine bessere Akzeptanz.

Genau diese Akzeptanz ist unserer Auffassung nach eine elementare Grundlage das Vollzugsziel der Resozialisierung umzusetzen.

Familienväter- und Mütter waren in den letzten Jahren aber genau diejenigen, die eine 2-jährige Laufbahnausbildung im Vollzug finanziell nicht überstehen konnten. Das derzeitige Bruttogrundgehalt eines Anwärters liegt bei Rund 800,- EURO monatlich.

Wenn doch der eine oder andere Anwärter mit Familie die Ausbildung begonnen hat, war man als Justizobersekretäranwärter im Justizvollzug des Landes Schleswig-Holstein auf Hilfe zu Lebensunterhalt angewiesen. Nur wenn diese vom Sozialamt genehmigt wurde, konnte man mit Familie die Ausbildungszeit finanziell durchstehen.

Uns sind persönlich qualifizierte Bewerber bekannt, die sich die Ausbildungszeit schlicht nicht leisten konnten. Ebenso haben einige Anwärter von Ihren Banken kein Darlehen erhalten, da Sie nicht in einem festen Arbeitsverhältnis standen. Ein Teufelskreis.

Im Ergebnis bedeutet dies für den Vollzug Rückgang der qualifizierten Bewerberzahlen. Erst kürzlich war zum Beispiel die JVA Neumünster nicht in der Lage alle freien Stellen mit qualifiziertem Bewerbern zu besetzen. Ebenso vermeldet der Jugendvollzug erheblichen Rückgang der Bewerberzahlen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Strafvollzug hat eine schwere gesellschaftliche Aufgabe und ist mit Personal wirklich nicht übermäßig bestückt.

In keinem Fall können wir es uns leisten, freie Stellen nicht zu besetzen.

Der BSBD Landesverband Schleswig-Holstein bittet Sie:

Unterstützen Sie die Wiedereinführung der Anwärtersonderzuschläge.

Mit freundlichen Grüßen


BSBD
Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands
Landesverband Schleswig-Holstein
Landesvorsitzender - Der Landesvorsitzende -